

## Gettorenten Mehr Hilfen für Roma

Nach jahrelanger Debatte wird eine wesentliche Regelungslücke des Gettorentengesetzes geschlossen. Wer in den Gettos der Nationalsozialisten arbeiten musste, hat einen Anspruch auf eine gesetzliche Rente. Vielen Verfolgten blieb diese „Gettorente“ allerdings verwehrt, weil sie bürokratische Voraussetzungen nicht erfüllten. Dazu zählt eine fünfjährige Mindestversicherungszeit in der Rentenkasse, die vor allem betroffene Roma aus Osteuropa nicht erreichen. Die Opfer sollen nun einen einmaligen „Rentenersatzzuschlag“ von 1500 Euro erhalten. Er soll den „hochbetagten und oft sehr armen Menschen schnell und unbürokratisch“ helfen, wie es in einem fraktionsübergreifenden Papier der Bundestags-Sozialexperten heißt. Das Kabinetttat hat der Neufassung der entsprechenden Richtlinie bereits zugestimmt. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales geht von 1380 Betroffenen aus. Die Kosten des Zuschlags werden auf 1,4 Millionen Euro geschätzt. Die Bundesregierung will über das Auswärtige Amt und eine Website über das Angebot informieren. *cos*



Müllwerker in Hannover

## Kommunen Kampf um den Müll

Die deutschen Kommunen entsorgen ihren Müll öfter wieder selbst, statt Privatunternehmen damit zu beauftragen. Laut einer Studie des Bundesverbandes der Deutschen Entsorgungswirtschaft haben sich die Umsätze kommunaler Unternehmen zwischen 2004 und 2014 nahezu verdoppelt, auf 314 Milliarden Euro; die Müllabfuhr habe daran einen wesentlichen Anteil. In Sachsen-Anhalt entsorgen kommunale Unternehmen drei Viertel

des gesamten Hausmülls, 2001 war es noch weniger als die Hälfte. Das beunruhigt die privaten Entsorgungsfirmen, die bundesweit rund 50 Prozent des Hausmülls einsammeln. Sie gründeten ein Bündnis gegen die angebliche „Bevorzugung von Kommunalunternehmen“ und wollen erreichen, dass auch kommunale Müllentsorger künftig Umsatzsteuer zahlen müssen. Städtische Betriebe sind davon befreit, wie der Bundesfinanzhof wiederholt bestätigt hat. Nun prüfen die privaten Entsorger eine Klage in Brüssel. *was*

## Integration Ankaras Moscheen

Die Zweifel an der Unabhängigkeit der Ortsvereine der türkischen Moscheenvereingung Ditib wachsen. „Alles ist auf eine zentrale Steuerung durch Ankaras Auftragsverwaltung in Köln und durch die Religionsattachés in Botschaften und Konsulaten ausgerichtet“, sagt Volker Beck, Sprecher der Grünen im Bundestag für Religionspolitik. Die Ortsvereine kontrollierten weder ihre Imame, noch gehörten ihnen ihre Moscheengebäude. Das belegen Grundbucheinträge von zehn exemplarisch ausgewählten Ditib-Moscheen. In acht Fällen gehört das Grundstück der Ditib-Zentrale in Köln, in einem Fall der türkischen Regierung und in nur einem Fall dem Ortsverein selbst. Das sei zwar nicht rechtswidrig, allerdings seien die „wissenschaftlichen Gutachten zum Rechtsstatus der Ditib in den Ländern somit Makulatur“, meint Beck. Hessen etwa hatte der Ditib den Status einer Religionsgemeinschaft zuerkannt, nachdem ein Gutachten dem Landesverband bescheinigt hatte, satzungsmäßig unabhängig zu sein. Ditib-Imame sollen für den türkischen Staat spioniert haben. *csc, elg*

## G-20-Gipfel I Brandsätze am Auto

Am vorigen Sonntag drei angezündete Wagen der Bundespolizei in Flensburg, zwei bei der Autobahnpolizei in Leipzig, Anfang Juni ein ausgebranntes Zivilfahrzeug der Polizei in Bremen, und schon im März acht durch Feuer zerstörte oder beschädigte Polizeiwagen in Hamburg – vor dem G-20-Gipfel werden Polizeifahrzeuge offenbar zu bevorzugten Zielen der linksextremen



Brandsatz

Szene. In Chemnitz fielen den Ermittlern Beweismittel in die Hände: Als Polizisten einer Mobilen Kontroll- und Überwachungseinheit vom Einsatz aus Leipzig zurückkehrten, entdeckten sie zufällig unter sechs Autos

Brandsätze, die nicht gezündet hatten. Die Flüssigkeit war in Halbliter-Plastikflaschen mit Zündvorrichtung abgefüllt. Der Staatsschutz in Sachsen ermittelt; zu möglichen Spuren will er keine Angaben machen. *amp*

## G-20-Gipfel II Extremisten sollen fernbleiben

Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern wollen verhindern, dass gewaltbereite Extremisten zum G-20-Gipfel nach Hamburg reisen. In den vergangenen Wochen hat sich das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) in Köln mehrmals mit einschlägig bekannten Linksautonomen und Rechtsradikalen beschäftigt. Polizei und Verfassungsschutzämter verabredeten eine Reihe von Maßnahmen. Kurz vor dem Tref-

fen der Staats- und Regierungschefs am kommenden Wochenende wird es demnach gezielte „Gefährderansprachen“ geben; zudem sollen Meldeauflagen und Betretungsverbote verhängt werden. Besprochen wurden auch Observationsmaßnahmen und Telefonüberwachungen. Obwohl es bislang keine Hinweise auf Anschläge oder eine Mobilisierung in der islamistischen Szene anlässlich des G-20-Treffens gebe, „werden wir in Einzelfällen auch dort die Überwachungsmaßnahmen hochfahren“, sagt ein Sicherheitsbeamter. *gud*